



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Kerstin Celina, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayern weltoffener machen – Verwaltungsinformationen in Fremdsprachen anbieten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in allen Bereichen und Ebenen der Verwaltung, von denen Menschen mit einer anderen Muttersprache als Deutsch besonders betroffen sind, die notwendigen Informationen in allen wichtigen Herkunftssprachen anzubieten.

Begründung:

Menschen, die sich erst seit kurzem hier aufhalten haben Anspruch auf angemessenen Zugang zu den für sie notwendigen Informationen. Von ihnen kann nicht erwartet werden, dass sie in der Zeit nach ihrer Ankunft bereits umfassende Sprachkenntnisse besitzen. Sie sind jedoch häufig dazu verpflichtet, mit Ämtern zu kommunizieren, die keine Informationen in ihrer Sprache zur Verfügung stellen. Dies erschwert den Betroffenen ihre Interessen wahrzunehmen und gleichzeitig die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden. Einige Formulare stehen bei einzelnen Ausländerbehörden in bestimmten Fremdsprachen zur Verfügung, andere nicht. Gesetze und Verordnungen, die für Migrantinnen und Migranten in der Anfangszeit ihres Aufenthalts besonders wichtig sind, gibt es nicht in Übersetzung in die Sprachen der wichtigsten Herkunftsländer. In Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende sind nicht einmal die Hinweise für erste Hilfe, Feuerwehr und Notfalldienste in für die Bewohner verständlicher Weise zugänglich. Es ist deshalb dringend erforderlich, umgehend die notwendigen Übersetzungen vorzunehmen und zur Verfügung zu stellen. Bayern ist ein Einwanderungsland und muss als solches beweisen, dass diese Erkenntnis auch auf Verwaltungsebene umgesetzt wird. Unsere Heimat soll weltoffener werden – und zu einem weltoffenen Bayern gehören Fremdsprachen dazu. Zwar sind Kenntnis und Anwendung der deutschen Sprache Grundvoraussetzungen für ein gelungenes Miteinander in Bayern. Hierzu sind aber auch flächendeckende Bildungsangebote notwendig.